S 54 AY 15/12

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Asylbewerberleistungsgesetz
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Asylbewerberleistungen - Überprüfungsverfahren - Nachzahlung von Leistungen für die Vergangenheit - Erforderlichkeit einer fortbestehenden Bedürftigkeit - Begrenzung des Überprüfungszeitraums auf ein Jahr - sozialgerichtliches Verfahren - Rechtsschutzbedürfnis - Ausreise aus dem Bundesgebiet während des Berufungsverfahrens
Leitsätze	1. Die Erbringung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Wege eines Überprüfungsverfahrens setzt für Anträge seit dem 1.4.2011 keine ununterbrochen bestehende Bedürftigkeit mehr voraus (Abgrenzung zu BSG vom 29.9.2009 - B 8 SO 16/08 R = BSGE 104, 213 = SozR 4-1300 § 44 Nr 20). 2. Ein fortbestehender tatsächlicher Aufenthalt im Inland ist nicht Voraussetzung für einen Anspruch auf Nachzahlung vorenthaltener Leistungen nach dem AsylbLG. AsylbLG § 1 Abs 1 ; AsylbLG § 9 Abs 3 F: 1997-05-26; AsylbLG § 9 Abs 4 S 2 F: 2014-12-10; SGB X § 44 Abs 1 S 1 ; SGB X § 44 Abs 4 S 1 ; SGB XII § 116a F: 2011-03-24; SGB XII § 136 F: 2011-03-24; GG Art 19 Abs 4 S 1
Normenkette	
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 54 AY 15/12
Datum	06.05.2014

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 AY 5/14
Datum 26.02.2020

3. Instanz

Datum 24.06.2021

Â

Auf die Revision des KlÃ¤gers wird das Urteil des SÃ¤chsischen Landessozialgerichts vom 26.Â Februar 2020 aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurÃ¼ckverwiesen, soweit der Rechtsstreit die Zeit vom 1.Â Januar bis zum 27.Â Juni 2011 betrifft. Im Ã¼brigen wird die Revision zurÃ¼ckgewiesen.

G r Ã¼ n d e :

I

1

Im Streit sind hÃ¶here Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) fÃ¼r die Zeit vom 10.8.2009 bis zum 27.6.2011.

2

Der 1966 geborene KlÃ¤ger ist pakistanischer StaatsangehÃ¶riger. In der Zeit von Dezember 2003 bis Juni 2015 hielt er sich â unterbrochen durch einen Aufenthalt in Pakistan vom 26.8.2010 bis zum 7.10.2010â in Deutschland auf. Bei Asylantragstellung gab er einen falschen Namen und einen falschen Geburtsort an. Nach Ablehnung seines Asylantrags 2004 wirkte er nicht an der Passbeschaffung mit. Aufgrund der Geburt seiner deutschen Tochter verfÃ¼gte der KlÃ¤ger seit dem 17.8.2010 Ã¼ber eine Aufenthaltserlaubnis nach [Â§ 25 Abs 5](#) Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Seit 2015 lebt er wieder in Pakistan.

3

Der KlÃ¤ger erhielt von der Beklagten von Januar 2004 bis November 2011 Grundleistungen nach [Â§ 3 AsylbLG](#), und zwar ua fÃ¼r Oktober und November 2009, April bis Juni und August 2010 sowie Januar bis Mai 2011 auf Grundlage von Bewilligungsbescheiden (*Bescheide vom 13.10.2009, 12.11.2009, 8.3.2010, 18.5.2010, 21.5.2010, 27.7.2010 und 18.4.2011*) sowie fÃ¼r den Ã¼brigen streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum auÃer September 2010 durch Auszahlung der Leistungen. Die vom KlÃ¤ger am 28.6.2011 beantragte GewÃ¤hrung sog Analogleistungen nach [Â§ 2Â AsylbLG](#) lehnte die Beklagte ab (*Bescheid vom 26.9.2011; Widerspruchsbescheid der Landesdirektion Sachsen vom 23.5.2012*);

das anschließende Klageverfahren endete mit einem Vergleich, in dem sich die Beklagte infolge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 18.7.2012 zur Gewährnung von höherer Leistungen für die Zeit vom 28.6.2011 bis 31.10.2011 verpflichtete. Am 31.1.2012 beantragte der Kläger die Überprüfung der Bescheide aus den Jahren 2009 und 2010 sowie vom 18.4.2011 im Hinblick auf die Gewährnung von Analogleistungen für die Zeit vom 10.8.2009 bis zum 5.7.2011. Die Beklagte lehnte dies ab (*Bescheid vom 23.5.2012; Widerspruchsbescheid der Landesdirektion Sachsen vom 24.9.2012*).

4

Klage und Berufung (beschränkt auf höhere Leistungen für die Zeit vom 10.8.2009 bis zum 27.6.2011) sind erfolglos geblieben (*Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 6.5.2014; Urteil des Sächsischen Landessozialgerichts vom 26.2.2020*). Zur Begründung hat das LSG ausgeführt, die Klage sei wegen der Ausreise des Klägers sowohl unzulässig als auch unbegründet. Unbegründet sei die Klage zudem, weil der Kläger die Dauer seines Aufenthalts rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst habe und schließlich nicht von seiner fortbestehenden Hilfebedürftigkeit auszugehen sei.

5

Mit seiner Revision rügt der Kläger eine Verletzung von Art 20 Abs 1 Grundgesetz (GG) und [§ 44](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – Sozialverfahren und Sozialdatenschutz (SGB X). Wegen des Rechtsstaatsprinzips könne die Ausreise nicht zum Erlischen von Ansprüchen führen. Die Annahme, dass Asylbewerberleistungen im Überprüfungswege nur bei fortbestehender Hilfebedürftigkeit zu gewährt werden seien, stehe in Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) zum Recht der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die auf das Asylbewerberleistungsrecht übertragbar sei. Seit der Geburt seiner Tochter könne ihm rechtsmissbräuchliches Verhalten nicht mehr entgegengehalten werden.

6

Der Kläger beantragt, die Urteile des Sächsischen Landessozialgerichts vom 26. Februar 2020 und des Sozialgerichts Dresden vom 6. Mai 2014 sowie den Bescheid der Beklagten vom 23. Mai 2012 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 24. September 2012 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, die Bescheide vom 13. Oktober 2009, 12. November 2009, 8. März 2010, 18. Mai 2010, 21. Mai 2010, 27. Juli 2010 und 18. April 2011 sowie die in den jeweiligen Auszahlungen liegenden Bewilligungen zu ändern und dem Kläger für die Zeit vom 10. August 2009 bis zum 27. Juni 2011 höhere Leistungen zu zahlen.

7

Die Beklagte beantragt,

die Revision zurückzuweisen.

8

Sie hält die Entscheidung des LSG für zutreffend.

II

9

Die zulässige Revision ist zum Teil im Sinne der Aufhebung des Berufungsurteils und der Zurückverweisung der Sache an das LSG begründet ([ÄSÄ 170 AbsÄ 2 SatzÄ 2 Sozialgerichtsgesetz](#)), im übrigen unbegründet ([ÄSÄ 170 AbsÄ 1 SatzÄ 2 SGG](#)). Der Senat kann nicht abschließend entscheiden, ob der Kläger im Zeitraum vom 1.1.2011 bis 27.6.2011 Anspruch auf höhere Asylbewerberleistungen hat; in Betracht kommen insoweit allerdings nur höhere Grundleistungen. Soweit der Rechtsstreit den Zeitraum vom 10.8.2009 bis zum 31.12.2010 betrifft, kann der Kläger höhere Leistungen schon deshalb nicht beanspruchen, weil ausgehend von der Stellung seines Überprüfungsantrags am 31.1.2012 die rückwirkende Zahlung von vorenthaltenen Leistungen nur für ein Jahr in Betracht kommt.

10

Gegenstand des Verfahrens ist der Bescheid der Beklagten vom 23.5.2012 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 24.9.2012 ([ÄSÄ 95Ä SGG](#)), mit dem die Beklagte es abgelehnt hat, dem Kläger unter teilweiser Rücknahme der bestandskräftigen Bewilligungen für die Zeit ab 10.8.2009 höhere Leistungen zu gewähren, und zwar nach Beschränkung des Antrags im Klageverfahren nur noch für die Zeit bis 27.6.2011. Dabei ist nach dem sog Meistbegünstigungsprinzip (vgl nur BSG vom 10.3.1994 [7Ä RAr 38/93Ä](#) [BSGE 74, 77, 79](#) = [SozR 3Ä 4100 ÄSÄ 104 NrÄ 11](#) SÄ 46Ä f; BSG vom 10.11.2011 [BÄ 8Ä SO 18/10Ä RÄ](#) [SozR 4Ä 3500 ÄSÄ 44 NrÄ 2 RdNrÄ 13](#)) davon auszugehen, dass der Kläger mit seinem Antrag auf Überprüfung der bestandskräftig gewordenen Entscheidungen höhere Leistungen unter jedem rechtlichen Gesichtspunkt geltend gemacht und die Beklagte entsprechend umfassend entschieden hat. Es handelt sich (auch soweit die Überprüfung der Voraussetzungen von [ÄSÄ 2 AsylbLG](#) betroffen ist) bei zutreffender Auslegung um die Ablehnung eines Überprüfungsantrags wegen der Höhe eines dem Grunde nach zugestandenen Anspruchs (vgl BSG vom 17.6.2008 [BÄ 8/9bÄ AY 1/07Ä RÄ](#) [BSGE 101, 49](#) = [SozR 4Ä 3520 ÄSÄ 2 NrÄ 2](#), RdNrÄ 14; anders noch zum Verhältnis von Analogleistungen zu Grundleistungen BSG vom 8.2.2007 [BÄ 9bÄ AY 1/06Ä RÄ](#) [BSGE 98, 116](#) = [SozR 4Ä 3520 ÄSÄ 2 NrÄ 1](#), RdNrÄ 14). Der Kläger verfolgt sein Begehren mit einer kombinierten Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage ([ÄSÄ 54 AbsÄ 1 SatzÄ 1, AbsÄ 4, ÄSÄ 56 SGG](#)), die auch bei Anwendung des [ÄSÄ 44 SGBÄ X](#) im Höhenstreit zulässigerweise auf ein Grundurteil ([ÄSÄ 130 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGG](#)) gerichtet ist (vgl nur BSG vom 26.6.2013 [BÄ 7Ä AY 6/12Ä RÄ](#) [BSGE 114, 20](#) = [SozR 4Ä 3520 ÄSÄ 9 NrÄ 4](#), RdNrÄ 9).

Die übrigen Sachurteilsvoraussetzungen sind erfüllt. Entgegen der Auffassung des LSG ist die Klage nicht dadurch unzulässig geworden, dass der Kläger während des Berufungsverfahrens nach Pakistan umgezogen ist. Ein tatsächlicher (und ggf fortbestehender) Aufenthalt im Inland ist im Hinblick auf das Gebot effektiven Rechtsschutzes (*Art 19 Abs 4 GG*) nicht Voraussetzung für das Rechtsschutzinteresse einer Klage auf Nachzahlung (rechtswidrig vorenthaltener) Leistungen nach dem AsylbLG im Wege eines Überprüfungsverfahrens. Soweit das LSG davon ausgeht, dass infolge der bloßen Ausreise ein Anspruch auf (hier) Asylbewerberleistungen für Zeiträume vor der Ausreise nicht mehr geltend gemacht werden könne, verkennt es den verfassungsrechtlich vorgegebenen Maßstab, an dem das Rechtsschutzinteresse zu bestimmen ist, und misst [§ 1 Abs 1 AsylbLG](#), wonach die Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG den tatsächlichen Aufenthalt im Bundesgebiet voraussetzt, eine Bedeutung zu, die die Norm nicht hat. [§ 1 Abs 1 AsylbLG](#) regelt allein die Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG dem Grunde nach (*vgl BT-Drucks 12/4451 S 7*).

Das Rechtsschutzbedürfnis, also ein berechtigtes Interesse, mittels eines gerichtlichen Verfahrens Rechtsschutz zu erlangen, ist Zulässigkeitsvoraussetzung einer Klage. Es muss noch im Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung bestehen und ist auch vom Rechtsmittelgericht in jeder Lage des Verfahrens von Amts wegen zu prüfen (*vgl etwa BSG vom 22.3.2012 – B 8 SO 24/10 R – NZS 2012, 798 = juris RdNr 10 mwN*); dadurch sollen zweckwidrige Prozesse verhindert und eine unnötige Inanspruchnahme des Rechtsschutzes durch staatliche Gerichte vermieden werden. Bei Leistungsklagen folgt das Vorhandensein des Rechtsschutzinteresses regelmäßig bereits aus dem Umstand, dass ein Kläger einen auf Leistung an sich selbst gerichteten, bislang nicht erfüllten Anspruch geltend macht. Gewährleistet die Rechtsordnung ein materielles Recht, erkennt sie in aller Regel auch das Interesse am gerichtlichen Rechtsschutz dessen an, der sich als der Inhaber dieses Rechtes sieht (*vgl Bundesverwaltungsgericht vom 17.1.1989 – 9 C 44.87 – BVerwGE 81, 164 = Buchholz 402.25 § 2 AsylVfG Nr 9 = juris RdNr 9; Sodan in Sodan/Ziekow, VwGO, 5. Aufl 2018 § 42 RdNr 335*). Mit der bloßen Ausreise eines Klägers aus dem Bundesgebiet bei fortbestehender Erreichbarkeit für die Gerichte entfällt das Rechtsschutzbedürfnis nicht (*vgl bereits BVerwG vom 17.1.1989 – 9 C 44.87 – BVerwGE 81, 164 = Buchholz 402.25 § 2 AsylVfG Nr 9; Sodan in Sodan/Ziekow, VwGO, 5. Aufl 2018 § 42 RdNr 351; anders ggf, wenn ein Asylsuchender seit längerem untergetaucht und nicht erreichbar ist, vgl BVerwG vom 6.8.1996 – 9 C 169.95 – BVerwGE 101, 323 = Buchholz 402.25 § 6 AsylVfG Nr 7 = juris RdNr 12; vgl auch W. R. Schenke in Kopp/Schenke, VwGO, 27. Aufl 2021, Vorb § 40 RdNr 54*). Dies gebietet auch *Art 19 Abs 4 Satz 1 GG* (*vgl Hessisches LSG vom 21.12.2007 – LA 6 AY 4/07 NZB – juris RdNr 8 f*). Die sich bereits aus dem Rechtsstaatsprinzip ergebende allgemeine Forderung nach einem angemessenen Rechtsschutz gegen

Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt wird durch diese Verfassungsnorm konkretisiert. Der von Art 19 Abs 4 GG auch Ausländern (vgl BVerfG vom 18.7.1973 [1 BvR 23/73](#), [1 BvR 155/73](#) [BVerfGE 35, 382](#) = [NJW 1974, 227](#)) gewährleistete substantielle Anspruch auf eine möglichst wirksame gerichtliche Kontrolle in allen von der jeweiligen Prozessordnung zur Verfügung gestellten Instanzen garantiert nicht nur das formelle Recht und die theoretische Möglichkeit, die Gerichte anzurufen, sondern auch die Effektivität des Rechtsschutzes; die Einlegung von Rechtsmitteln darf nicht von außerprozessualen Bedingungen abhängig gemacht werden (vgl BVerfG vom 18.7.1973 [1 BvR 23/73](#), [1 BvR 155/73](#) [BVerfGE 35, 382](#) = [NJW 1974, 227](#) = [juris RdNr 53](#); BVerfG vom 29.10.1975 [2 BvR 630/73](#) [BVerfGE 40, 272](#) = [NJW 1976, 141](#) = [juris RdNr 11](#); BVerfG vom 17.3.1988 [2 BvR 233/84](#) [BVerfGE 78, 88](#) = [NVwZ 1988, 718](#) = [juris RdNr 24](#)). Ein fortbestehender Aufenthalt im Bundesgebiet während einer nicht absehbaren gerichtlichen Verfahrensdauer wäre eine solche unzulässige außerprozessuale Bedingung. Berechtigte Ansprüche auf Leistungen, bezogen auf Leistungszeiträume vor der Ausreise, erlöschen nicht mit der bloßen Ausreise; rechtswidrig abgelehnte Ansprüche nach dem AsylbLG bezogen auf die Zeit des Aufenthalts im Bundesgebiet können deshalb auch nach der Ausreise weiterverfolgt werden.

13

Rechtsgrundlage für die teilweise Rücknahme der Bewilligungsentscheidungen ist [§ 9 Abs 3 AsylbLG](#) (idF der Bekanntmachung vom 5.8.1997 [im Folgenden alte Fassung](#)) iVm [§ 44 Abs 1 Satz 1 und Abs 4 SGB X](#), der zur Korrektur bestandskräftiger, rechtswidriger Leistungsablehnungen im Asylbewerberleistungsrecht anwendbar ist (vgl nur BSG vom 17.6.2008 [B 8 AY 5/07 R](#) [SozR 4-3520 § 9 Nr 1 RdNr 12 ff](#)). Ob die Beklagte in formeller Hinsicht die für die Rücknahme sachlich und örtlich zuständige Behörde ist ([§ 44 Abs 3 Halbsatz 1 SGB X](#); vgl dazu BSG vom 26.6.2013 [B 7 AY 3/12 R](#) [InfAuslR 2014, 13](#); BSG vom 23.5.2012 [B 14 AS 133/11 R](#) [SozR 4-1300 § 44 Nr 25 RdNr 13 mwN](#)), kann der Senat auf Grundlage der Feststellungen des LSG nicht entscheiden. Dies mag das LSG noch überprüfen.

14

Nach [§ 44 Abs 1 Satz 1 und Abs 4 SGB X](#) ist ein Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen, wenn bei dessen Erlass das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht oder Beiträge zu Unrecht erhoben worden sind; Sozialleistungen sind dann für einen Zeitraum bis zu vier Jahren vor dem Antrag auf Rücknahme zu erbringen. Zu Unrecht vorenthaltene Leistungen nach dem AsylbLG werden längstens für einen Zeitraum von bis zu vier Jahren vor der mit Wirkung für die Vergangenheit erfolgten Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden

Verwaltungsaktes erbracht ([Â§ 9 Abs 3 AsylbLG aF iVm Â§ 44 Abs 4 Satz 1 SGB X](#)); dabei wird der Zeitpunkt der Rcknahme von Beginn des Jahres an gerechnet, in dem der Verwaltungsakt zurckgenommen wird ([Â§ 44 Abs 4 Satz 2 SGB X](#)). Erfolgt die Rcknahme auf Antrag, tritt bei der Berechnung des Zeitraums, fr den rckwirkend Leistungen zu erbringen sind, anstelle der Rcknahme der Antrag ([Â§ 44 Abs 4 Satz 3 SGB X](#)). Fr Antrge, die am 31.3.2011 gestellt wurden, verkrzt sich die Vierjahresfrist entsprechend [Â§ 116a](#) iVm [Â§ 136](#) Sozialgesetzbuch Zwlftes Buch Sozialhilfe (SGB XII; jeweils idF des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur nderung des Zweiten und Zwlften Buches Sozialgesetzbuch vom 24.3.2011, [BGBl I 453](#)), die bereits vor der Anpassung in [Â§ 9 Abs 4 Satz 2 AsylbLG](#) mit dem Gesetz zur nderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes vom 10.12.2014 ([BGBl I 2187](#)) entsprechend anwendbar waren, aber auf ein Jahr (vgl. [BSG vom 26.6.2013](#) [B 7 AY 6/12 R](#) [BSGE 114, 20](#) = [SozR 4-3520 Â§ 9 Nr 4, RdNr 12 ff](#)).

15

Fr die Zeit vor dem 1.1.2011 kann der Klger keine hheren Leistungen erhalten, weil der genannte Zeitraum ausgehend von einer Antragstellung am 31.1.2012 auerhalb der Jahresfrist liegt, fr die Leistungen rckwirkend zu erbringen sind. Eine isolierte Rcknahme des Bescheids iS von [Â§ 44 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) kommt dann nicht in Betracht (vgl. [BSG vom 29.9.2009](#) [B 8 SO 16/08 R](#) [BSGE 104, 213](#) = [SozR 4-1300 Â§ 44 Nr 20, RdNr 22](#)).

16

Soweit der Rechtsstreit die Zeit vom 1.1.2011 bis zum 27.6.2011 betrifft, kann der Senat nicht abschlieend beurteilen, ob der Klger Anspruch auf teilweise Rcknahme der Bewilligungen und Gewhrung hherer Leistungen hat.

17

Die nachtrgliche Erbringung von Leistungen im Rahmen von [Â§ 44 Abs 4 SGB X](#) setzt insoweit nicht voraus, dass beim Klger Bedrftigkeit iS des AsylbLG oder des SGB XII bzw des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch [Grundsicherung fr Arbeitsuchende \(SGB II\)](#) ununterbrochen bis zur letzten mndlichen Verhandlung beim LSG fortbestand. Nach der Rechtsnderung zum 1.4.2011 und der Verkrzung der nachtrglichen Leistungserbringung auf ein Jahr, hlt der Senat in Fllen einer Antragstellung nach [Â§ 44 SGB X](#) nach dem 31.3.2011 an der zur frheren Rechtslage im SGB XII und AsylbLG ergangenen Rechtsprechung des 7. und 8. Senats des BSG nicht mehr fest. Danach gengte es fr einen Anspruch auf rckwirkende Erbringung von Leistungen ber [Â§ 44 SGB X](#) weder im SGB XII noch im AsylbLG, dass bei Erlass der bestandskrftigen Verwaltungsakte Leistungen zu Unrecht vorenthalten worden sind. Unter Bercksichtigung des [Â§ 44 Abs 4 SGB X](#) (nach den

Vorschriften der besonderen Teile dieses Gesetzbuchs, also des SGB XII bzw des AsylbLG) war vielmehr den Besonderheiten des jeweiligen Leistungsrechts dahin Rechnung zu tragen, dass die Leistungen nach dem AsylbLG und dem SGB XII nur der Behebung einer gegenwärtigen Notlage dienen (sog Gegenwärtigkeitsprinzip oder auch Aktualitätsgrundsatz) und deshalb für zuräckliegende Zeiten nur dann zu erbringen waren, wenn die Leistungen ihren Zweck noch erfüllen konnten, weil ununterbrochen bis zur letzten mündlichen Verhandlung in der Tatsacheninstanz Bedürftigkeit bestand (*stRspr seit BSG vom 29.9.2009* – [BÄ SO 16/08 RÄ](#) – [BSGE 104, 213](#) – [SozR 4–1300 ÄÄ 44 NrÄ 20](#), [RdNrÄ 21](#); *vgl BSG vom 9.6.2011* – [BÄ AY 1/10 RÄ](#) – [SozR 4–1300 ÄÄ 44 NrÄ 22](#) [RdNrÄ 20](#); *BSG vom 20.12.2012* – [BÄ 7Ä AY 4/11 RÄ](#) – [SozR 4–3520 ÄÄ 3 NrÄ 3](#) [RdNrÄ 14](#); *BSG vom 26.6.2013* – [BÄ 7Ä AY 3/12 RÄ](#) – [InfAusIR 2014, 13](#) [RdNrÄ 13](#); *BSG vom 17.12.2015* – [BÄ 8Ä SO 24/14 RÄ](#) – [SozR 4–3500 ÄÄ 116a NrÄ 2](#) [RdNrÄ 16](#); *vgl auch BVerfG vom 7.2.2012* – [1Ä BvR 1263/11](#) – *juris RdNrÄ 16*).

18

An den Gedanken des Gegenwärtigkeitsprinzips schließt auch die gesetzgeberische Entscheidung an, mWv 1.4.2011 im SGB XII und im SGB II und nachfolgend mWv 1.3.2015 auch in [ÄÄ 9 AbsÄ 4 AsylbLG](#) festzulegen, dass nach erfolgreichen Äberprüfungsverfahren Leistungen längstens bis zum Beginn des Jahres rückwirkend zu erbringen sind, das dem Jahr der Rücknahme des rechtswidrigen Verwaltungsaktes oder der darauf gerichteten Antragstellung vorausgegangen ist. Die Änderungen in [ÄÄ 40 AbsÄ 1 SGB II](#) und in [ÄÄ 116a SGB XII](#) (*vgl ArtÄ 2 NrÄ 32 und ArtÄ 3 NrÄ 35 des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24.3.2011, BGBl I 453*) hat der Gesetzgeber damit begründet, die Funktion des [ÄÄ 44 SGB X](#), im Interesse der Allgemeinheit an Rechtssicherheit und dem Interesse des Leistungsberechtigten an materieller Gerechtigkeit einen Ausgleich für den Fall herzustellen, dass eine Verwaltungsentscheidung zum Nachteil des Leistungsberechtigten rechtswidrig ist, sei auch im Existenzsicherungsrecht unverzichtbar. Die Vierjahresfrist sei allerdings für steuerfinanzierte Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts vor dem Hintergrund des Aktualitätsgrundsatzes zu lang und eine kürzere Frist von einem Jahr sachlich und interessengerecht (*vgl BT-Drucks 17/3404 SÄ 114 und SÄ 129; zu ÄÄ 9 AbsÄ 4 SatzÄ 2 AsylbLG vgl BT-Drucks 18/2592 SÄ 3 und SÄ 28, – Gleichlauf mit den entsprechenden Regelungen im SGB II und SGB XII*). Damit hat der Gesetzgeber eine Harmonisierung der drei Existenzsicherungssysteme herbeigeführt und dabei vor dem Hintergrund des Gegenwärtigkeitsprinzips einheitliche, aus seiner Sicht sach- und interessengerechte Regelungen bezüglich der nachträglichen Leistungserbringung geschaffen. Diese Regelungen versteht der Senat aber als abschließend (*vgl dazu auch Scheider in Schellhorn/Hohm/Scheider/Legros, SGB XII, 20. Aufl 2020, ÄÄ 116a RdNrÄ 15; Coseriu in jurisPK–SGB XII, 3. Aufl 2020, ÄÄ 18 RdNrÄ 59, Stand Februar 2020; Schiller in jurisPK–SGB XII, 3. AuflÄ 2020, ÄÄ 116a RdNrÄ 37, Stand 18.5.2020; Siefert in Siefert, AsylbLG, 2. Aufl 2020, ÄÄ 9 RdNrÄ 30; zu ÄÄ 40 SGB II etwa BSG vom 4.4.2017*

â□□Â [BÂ 4Â AS 6/16Â RÂ](#) â□□ [BSGE 123, 76](#) = *SozR 4â□□4200 Â§Â 40 NrÂ 12, RdNrÂ 18Â ff mit Anm Hengelhaupt, jurisPRâ□□SozR 2/2018 AnmÂ 1; aA Cantzler in Cantzler, Asylbewerberleistungsgesetz, 2019, Â§Â 9 RdNrÂ 46Â f).*

19

Ein Anspruch auf teilweise RÃ¼cknahme der ursprÃ¼nglichen Leistungsbewilligungen fÃ¼r die Zeit ab dem 1.1.2011 und die GewÃ¤hrung hÃ¶herer Leistungen folgt â□□Â entgegen der Auffassung des KlÃ¤gersÂ â□□ nicht aus [Â§Â 44 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X](#) iVm [Â§Â 2 AbsÂ 1 AsylbLG](#) (*idF des Gesetzes zur Umsetzung Aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der EuropÃ¤ischen Union vom 19.8.2007, BGBlÂ I 1970, im Folgenden aF*). Ob die Summe denkbarer Analogleistungen die dem KlÃ¤ger gewÃ¤hrten Grundleistungen Ã¼bersteigt, kann dabei dahinstehen. Der KlÃ¤ger erfÃ¼llt die Voraussetzungen fÃ¼r Analogleistungen nicht. Nach [Â§Â 2 AbsÂ 1 AsylbLG](#) aF ist abweichend von den [Â§Â 3 bis 7Â AsylbLG](#) das SGBÂ XII auf diejenigen Leistungsberechtigten entsprechend anzuwenden, die Ã¼ber eine Dauer von insgesamt 48Â Monaten Leistungen nach [Â§Â 3 AsylbLG](#) erhalten haben und die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbrÃ¤uchlich selbst beeinflusst haben. Der KlÃ¤ger hat die Dauer seines Aufenthalts rechtsmissbrÃ¤uchlich selbst beeinflusst.

20

RechtsmissbrÃ¤uchlich iS von [Â§Â 2 AbsÂ 1 AsylbLG](#) aF ist ein Verhalten, wenn es unter jeweiliger BerÃ¼cksichtigung des Einzelfalls, der besonderen Situation eines AuslÃ¤nders in der Bundesrepublik Deutschland und der besonderen Eigenheiten des AsylbLG unentschuldig im Sinne von Sozialwidrigkeit ist (*BSG vom 17.6.2008 â□□Â BÂ 8/9bÂ AY 1/07Â RÂ* â□□ [BSGE 101, 49](#) = [SozR 4â□□3520 Â§Â 2 NrÂ 2, RdNrÂ 31Â ff; im Einzelnen auch BSG vom 24.6.2021 â□□Â BÂ 8Â AY 4/20Â R](#)). Die GesetzesbegrÃ¼ndung fÃ¼hrt insoweit beispielhaft die Vernichtung des Passes und Angabe einer falschen IdentitÃ¤t als typische Fallgestaltungen eines Rechtsmissbrauchs an (*BTâ□□Drucks 15/420 SÂ 121*).

21

So liegt der Fall hier. Durch die Angabe eines falschen Namens und eines falschen Geburtsorts hat der KlÃ¤ger auch die Dauer seines Aufenthalts selbst beeinflusst. Es genÃ¼gt, wenn bei abstrakt-genereller Betrachtungsweise das Verhalten typischerweise geeignet ist, die Aufenthaltsdauer zu verlÃ¤ngern. Das gilt nur dann nicht, wenn eine etwaige Ausreisepflicht des betroffenen AuslÃ¤nders unabhÃ¤ngig von seinem Verhalten ohnehin in dem gesamten Zeitraum ab dem Zeitpunkt des Rechtsmissbrauchs nicht hÃ¤tte vollzogen werden kÃ¶nnen (*BSG vom 17.6.2008 â□□Â BÂ 8/9bÂ AY 1/07Â RÂ* â□□ [BSGE 101, 49](#) = [SozR 4â□□3520 Â§Â 2 NrÂ 2, RdNrÂ 44; BSG vom 2.2.2010 â□□Â BÂ 8Â AY 1/08Â RÂ](#) â□□ *juris RdNrÂ 12*). Falsche Angaben zur IdentitÃ¤t sind bei abstrakt-genereller Betrachtung typischerweise geeignet, die Aufenthaltsdauer zu verlÃ¤ngern, schon weil sie aufenthaltsbeendende MaÃnahmen erschweren, wenn nicht vereiteln. Eine etwaige Ausreisepflicht des KlÃ¤gers hÃ¤tte ohne das rechtsmissbrÃ¤uchliche

Verhalten jedenfalls während Teilen der seit dem rechtsmissbräuchlichen Verhalten vergangenen Zeit auch vollzogen werden können. Gegen die Feststellungen des LSG, der Kläger habe im Asylverfahren eine falsche Identität genutzt, hat der Kläger zulässige Rügen im Revisionsverfahren nicht erhoben. Diese Feststellungen sind für den Senat bindend ([Â§ 163 SGG](#)). Das LSG hat für den Senat auch bindend festgestellt, dass gesundheitliche Gründe einer Ausreise nicht entgegenstanden.

22

In subjektiver Hinsicht ist erforderlich, dass dem Kläger Vorsatz zur Last fällt, der sich sowohl auf das rechtsmissbräuchliche Verhalten als auch auf die Verlängerung der Aufenthaltsdauer beziehen muss (*BSG vom 17.6.2008* [âB 8/9b AY 1/07 R](#) [â BSGE 101, 49 = SozR 4â 3520 Â§ 2 Nr 2, RdNr 39](#)). Dies ist nach dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen des LSG ebenfalls der Fall.

23

Eine mögliche rechtsmissbräuchliche Aufenthaltsverlängerung ist nicht deshalb unbeachtlich, weil der Kläger Vater einer Tochter mit deutscher Staatsangehörigkeit ist. Der Ausschluss von Analogleistungen wegen rechtsmissbräuchlicher Aufenthaltsverlängerung wirkt während des gesamten Leistungsfalls; eine zwischenzeitliche Integration ist unbeachtlich (*BSG vom 17.6.2008* [âB 8/9b AY 1/07 R](#) [â BSGE 101, 49 = SozR 4â 3520 Â§ 2 Nr 2, RdNr 41](#); *BSG vom 17.6.2008* [âB 8 AY 11/07 R](#) [â juris RdNr 14](#)). Ob daran uneingeschränkt festzuhalten ist, kann hier dahinstehen (zweifelnd *Oppermann/Filges in jurisPK SGB XII, 3. Aufl 2020, Â§ 2 AsylbLG RdNr 118, Stand 5.1.2021*; *Leopold in Grube/Wahrendorf/Flint, SGB XII, 7. Aufl 2020, Â§ 2 AsylbLG RdNr 31*). Für Fallgestaltungen wie die vorliegende hat der Gesetzgeber ohnehin durch die zeitlich nur beschränkte Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG im Anschluss an die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach [Â§ 25 Abs 5 AufenthG](#) (vgl. [Â§ 1 Abs 1 Nr 3 Buchst c AsylbLG idF des Gesetzes vom 10.12.2014](#)) an dieser Rechtsfolge so nicht festgehalten. Ansprüche auf existenzsichernde Leistungen ergeben sich seither für den betroffenen Personenkreis nach Ablauf von 18 Monaten unmittelbar aus dem SGB II bzw dem SGB XII. Die Ablehnung von höheren Leistungen auf Grundlage von [Â§ 2 Abs 1 AsylbLG](#) aF ist hier aber vor dem 31.7.2012 bestandskräftig geworden. Eine ggf vorliegende Verkürzung des Rechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum (*Art 1 Abs 1 iVm Art 20 Abs 1 GG*) ist nach Ziff 3 Buchst e des Tenors des Urteils des BVerfG vom 18.7.2012 ([1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11](#) [â BVerfGE 132, 134 RdNr 113 = SozR 4â 3520 Â§ 3 Nr 2 RdNr 139-140](#)) bis zu diesem Zeitpunkt bergangsweise hinzunehmen.

24

Der Senat kann allerdings nicht beurteilen, ob ein Anspruch auf höhere Grundleistungen nach [Â§ 3 AsylbLG](#) besteht. Das LSG hat keine für eine

abschließende Entscheidung ausreichenden Feststellungen zur Hilfebedürftigkeit (Wohnverhältnisse, Einkommen, Vermögen) des Klägers getroffen. Der Senat weist darauf hin, dass ein Anspruch auf höhere Grundleistungen nicht deshalb besteht, weil dem Kläger für die Zeit vom 1.1.2011 bis zum 27.6.2011 Leistungen in einer Höhe gewährt worden sind, die das BVerfG für verfassungswidrig erklärt hat (BVerfG vom 18.7.2012 – 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 – BVerfGE 132, 134 = SozR 4 – 3520 – 3 Nr. 2). In Bezug auf den Regelungsgegenstand seiner Entscheidung hat das BVerfG die Anwendung des § 44 SGB X für Zeiträume bis Ende Juli 2012 ausgeschlossen (vgl. BVerfG vom 18.7.2012 – 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 – BVerfGE 132, 134 Rdnr. 113 = SozR 4 – 3520 – 3 Nr. 2 Rdnr. 139-140). Nach Ziff. 3 Buchst. e des Tenors können nur solche Leistungsberechtigte in der Zeit bis 31.7.2012 höhere Leistungen nach Maßgabe der Übergangsregelung des BVerfG beanspruchen, bei denen anders als vorliegend die Bewilligungsentscheidung nicht vor diesem Zeitpunkt bestandskräftig geworden ist. Die Stellung eines Überprüfungsantrags allein wahrt diese Frist nicht.

25

Das LSG wird ggf. auch über die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden haben.

Ä

Erstellt am: 16.12.2021

Zuletzt verändert am: 21.12.2024